

Aktive Personen und Gruppendynamiken der Meinungsänderung in einem Deliberativen Forum zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

169

von Annegret Heindl

Der Artikel basiert auf einem Deliberativen Forum zur deutschen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Er untersucht Gruppendynamiken und Meinungsänderungen sowie den Einfluss von aktiven Personen auf diese Dynamiken mittels quantitativer Vor- und Nachbefragung der Teilnehmer_innen, um einen Beitrag zur Debatte über einen möglichen Mehrwert von Deliberation in demokratischen Entscheidungsprozessen zu leisten. Die These von durch Deliberationsprozessen angestoßenen Meinungsänderungen kann grundsätzlich bestätigt werden, allerdings deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Mehrheit in ihren Positionen weitgehend unverändert aus der Debatte gegangen ist. Auch inhaltlich lässt sich feststellen, dass die in der Demokratietheorie und empirischen Deliberationsforschung getroffenen normativen Erwartungen hinsichtlich Gemeinwohlorientierung, Großzügigkeit und Nachhaltigkeit von getroffenen Entscheidungen nur zu einem geringen Ausmaß erfüllt wurden. Gleichzeitig finden sich kaum Hinweise auf einen systematischen Einfluss aktiver Personen auf die Positionen der übrigen Gruppenmitglieder.

abstract

Schlagwörter

Deliberative polling; Einflussreiche Personen; Meinungsänderungen; Heterogene Einstellungen innerhalb der Gruppe

Einleitung

Bereits häufiger wurde der deutschen repräsentativen Demokratie angesichts rückläufiger Wahlbeteiligungen und mangelnden Vertrauens eine „Krise“ attestiert. So lässt sich ein Rückgang der Wahlbeteiligung von etwa 90 Prozent in den 1970ern und 80ern auf etwa 70 Prozent bei der Bundestagswahl 2013 durchaus dahingehend deuten, dass die Politikverdrossenheit und politische Apathie der Bürger_innen zugenommen haben (vgl. Lamers/Roßteutscher 2014: 120). Eine andere Vermutung legt den Fokus auf die fehlenden programmatischen Unterschiede und die fehlende Bürgernähe der Parteien (vgl. Gabriel/Westle 2012: 14). Zudem vertraut nur eine Minderheit der Bürger_innen politischen Parteien, die sich damit im unteren Bereich des abgefragten Institutionenspektrums befinden (vgl. Gabriel 2005: 501). In der Politikwissenschaft wurde folglich nach alternativen Partizipationsmöglichkeiten gesucht, die eine möglichst breite und repräsentative Einbindung ermöglichen und gleichzeitig das politische Wissen und Interesse der Bürger_innen fördern. Neben Volksabstimmungen hat sich dabei die deliberative Demokratie als vielversprechend erwiesen, um einerseits die Bürger_innen wieder stärker für Politik zu begeistern und um andererseits die Politiker_innen stärker an die Präferenzen der Bürger_innen rückzubinden (vgl. Chappell 2012: 6).

Insbesondere seit den 1990er Jahren hat sich eine rege Forschung zu Bedingungen, Qualität und Auswirkungen von Deliberation entwickelt (vgl. Hibbing/Theiss-Morse 2002; Steenbergen et al. 2003: 27ff.; Hibbing/Theiss-Morse 2007: 173ff.). Während sich die Forschung weitgehend einig darüber ist, dass sich Meinungen im Verlauf einer Deliberation ändern, gibt es bislang kaum empirische Untersuchungen zu den Determinanten dieser Veränderungen (vgl. Barabas 2004: 687). Dies betrifft insbesondere den ungleichen Einfluss von Personen mit unterschiedlichen Ressourcen und Kompetenzen auf den Diskussionsverlauf. So wurde die Kritik geäußert, dass beispielsweise gut gebildete, einkommensstarke Personen ohne Migrationshintergrund, die bereits gesellschaftlich bessergestellt sind, durch das Format einer rationalen Debatte bevorzugt werden und ihre Argumente besser vorbringen können (vgl. Mansbridge 2009: 35; Steiner 2012: 49). Allerdings fehlt bislang die empirische Bestätigung dieser Annahme (vgl. Bächtiger/Wyss 2013: 172). Zudem beschränken sich Experimente mit *deliberative polls* und ähnlichen Formaten bislang auf den englischsprachigen Raum.

Dieser Artikel basiert auf einem Deliberativen Forum zur deutschen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und verfolgt das Ziel einer Identifikation von Gruppendynamiken und Positionsveränderungen sowie des Einflusses von aktiven Personen auf diese

Dynamiken. Die Arbeit beruht auf den Vor- und Nachbefragungen der Teilnehmer_innen und erfasst quantitative Veränderungen zwischen diesen beiden Erhebungen. Der thematische Schwerpunkt liegt dabei auf der Bewertung des deutschen Sozialstaats im Allgemeinen und Hartz IV sowie seinen Bezieher_innen im Besonderen.

Der erste Abschnitt des Artikels gibt einen Überblick über die bisherige Forschung zu positiven und negativen Auswirkungen von Deliberation auf Teilnehmer_innen, woraus anschließend die Hypothesen abgeleitet werden. Abschnitt zwei beinhaltet zum einen eine Analyse der Meinungsänderungen, bezogen auf die deutsche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik als auch einen Vergleich der Gruppendynamiken mit Blick auf aktive und damit möglicherweise einflussreiche Personen, während im letzten Teil die Ergebnisse aus der inhaltlichen Dimension mit denen der personenbasierten Analyse zusammengeführt und verglichen sowie Möglichkeiten für die weitergehende Forschung aufgezeigt werden.

Deliberation und Dynamiken der Meinungsbildung

Der Deliberationsbegriff

Deliberation ist eine Untergruppe der sogenannten „discursive participation“, also jenes Bereichs, bei dem nicht die

letztendliche Entscheidung, sondern der Diskurs der Teilnehmer_innen, der letztendlich zu dieser Entscheidung führt, im Mittelpunkt steht (vgl. Delli Carpini et al. 2004: 318). Gleichzeitig geht Deliberation als Konzept über ein bloßes Gespräch zwischen zwei oder mehr Personen hinaus. Grundlegend ist zum einen, dass es sich um eine „un-coerced, other-regarding, reasoned, inclusive [and] equal debate“ (Chappell 2012: 7) handelt. Die Inklusion bezieht sich dabei sowohl auf die Einbindung aller betroffenen (Minderheiten-) Gruppen als auch auf die Einbeziehung aller Argumente und Sichtweisen (vgl. Chappell 2012: 74; Fishkin/Luskin 2005: 285). In dieser Debatte soll es wiederum zum Austausch von „reasonable, well-informed opinions“ (Chambers 2003: 309) kommen. Dieser Austausch von Meinungen, Informationen und Argumenten führt dazu, dass Teilnehmer_innen diese rational abwägen und gegebenenfalls ihre Meinung ändern (ebd.). Essentiell ist somit eine Rationalität in der Argumentation wie auch in der persönlichen Entscheidungsfindung, die in einem Sieg des „besten Arguments“ resultiert (vgl. Habermas 1994: 389). Zum anderen ist das Ziel dieser Debatte nicht nur der Austausch einer möglichst großen Anzahl verschiedener Meinungen, sondern auch die Suche nach einem gemeinsamen Konsens bezüglich (politischer) Lösungen für ein gegebenes Problem (ebd.). Unabhängig von der Konsensfindung dient Deliberation der umfangreichen Betrachtung

eines Problems und der Identifizierung möglicher Lösungsansätze sowie der Festlegung von Beurteilungskriterien und Diskussionspunkten, sofern keine gemeinsame Lösung gefunden werden kann (vgl. Delli Carpini et al. 2004: 317). Der Deliberationsbegriff als solcher umfasst wiederum eine Vielzahl unterschiedlichster Debattenformen, von gesamtgesellschaftlichen politischen Diskursen bis hin zu thematisch, zeitlich und personell eingegrenzte Mikrodeliberationsformen, zu denen auch das Deliberative Forum zählt (vgl. Chappell 2012: 10ff.). Der Fokus liegt hier zum einen auf einer möglichst zahlreichen Einbindung verschiedener (benachteiligter) Gruppen und dem Ausgleich möglicherweise ungleicher Beteiligungschancen; zum anderen strebt das Deliberative Forum durch die Bereitstellung von Information und Expertenvorträgen zum Debattenthema eine informierte und somit „bessere“ Entscheidungsfindung an (Fung 2008: 160f.).

Vorteile der Deliberation

Die in die Deliberation gesetzten Hoffnungen lassen sich in die drei Bereiche „Bessere Bürger“, „Bessere Entscheidungen“ und „Ein besseres (legitimeres) System“ zusammenfassen (vgl. Hibbing/Theiss-Morse 2007: 173ff.).

Allgemein wird angenommen, dass sich die Positionen der Teilnehmer_innen während eines Deliberationsprozesses ändern (vgl. Luskin et al. 2002: 472). Die Art der Meinungsänderung lässt sich in zwei Kategorien einteilen: Zum einen finden Meinungsänderungen hinsichtlich der Konsistenz von Positionen statt. So wird angenommen, dass die Auseinandersetzung mit einem Thema und die Bereitstellung von Informationen durch Expert_innen oder die Organisator_innen eines Deliberativen Forums dazu führen, dass sich die Teilnehmenden ihrer Position bewusst werden, diese Position anschließend besser begründen können und mögliche inkonsistente Teilpositionen redigieren (vgl. Chambers 1996: 190).

Die zweite Kategorie von Meinungsänderung umfasst die inhaltliche Dimension der gefällten Beschlüsse. Durch die Notwendigkeit, eine Lösung für das zu debattierende Problem zu finden, wird angenommen, dass Deliberation die Kooperation der Teilnehmer_innen fördert, eine Eigenwohlorientierung zugunsten gemeinwohlorientierter Maßnahmen zurücktritt und Teilnehmer_innen nach einer Deliberation zudem in ihren Entscheidungen großzügiger und sozial gerechter als zuvor sind (vgl. Karpowitz/Mendelberg 2011: 260; Steiner 2012: 242). Dazu kommt, dass das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Positionen die Toleranz und Offenheit gegenüber gegensätzlichen

Meinungen befördern soll (vgl. Mendelberg 2002: 153). John Gastil, Chiara Bacci und Michael Dollinger (2010: 7f.) erfassen diesen inhaltlichen Meinungswandel anhand der fünf Dimensionen *Liberalism*, *Cosmopolitanism*, *Sustainability*, *Egalitarianism* und *Collectivism*. Personen werten im Anschluss an ein Deliberatives Forum andere Lebensentwürfe weniger ab und befürworten im Gegenzug stärker die Herstellung sozialer Gleichheit. Damit einher geht eine Verlagerung der Verantwortlichkeitszuschreibung für soziale Vorsorge und sozialen Ausgleich auf den Staat. Gleichzeitig vergrößert sich die Perspektive auf das jeweilige Problem, zum einen durch den Fokus auf gesamtgesellschaftliche Faktoren, zum anderen durch den Einbezug von langfristigen Auswirkungen in die eigenen Überlegungen.

Befürworter_innen der Deliberation argumentieren, dass die in Deliberationsprozessen getroffenen Entscheidungen im Gegensatz zu Entscheidungen, die von Einzelpersonen mit begrenztem Wissen und ohne den Austausch unterschiedlicher Interpretationen der zur Verfügung stehenden Informationen gefällt werden, ausgewogener sind und der Komplexität heutiger Problemstellungen Rechnung tragen (vgl. Hibbing/Theiss-Morse 2007: 173). Weiter bieten Deliberationsprozesse die Möglichkeit für benachteiligte und von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossene Gruppen, sich und ihrer

Position Gehör zu verschaffen und so Einfluss auf die Lösungsfindung zu nehmen (vgl. Karpowitz/Mendelberg 2011: 259).

Aus der bisherigen Forschung lassen sich somit folgende Annahmen ableiten:

H1a: Im Verlauf der Debatte lassen sich signifikante Meinungsverschiebungen beobachten.

H1b: Die Teilnehmer_innen werden im Verlauf der Deliberation großzügiger gegenüber Hartz IV-Empfänger_innen, kollektivistischer hinsichtlich der Verantwortlichkeit für Vorsorge- und Unterstützungsleistungen und sie beziehen langfristige Erwägungen in die Entscheidungsfindung ein. Insgesamt kommt es zu einer stärkeren Unterstützung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und einer stärkeren Ablehnung von Sanktionen.

Hinsichtlich des inhaltlichen Schwerpunkts des hier durchgeführten Deliberativen Forums, nämlich die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, lässt sich somit zusammenfassend vermuten, dass die Befragten nach diesem Deliberativen Forum Fördermaßnahmen durch den Sozialstaat eher unterstützen und im Gegenzug Sanktionen eher ablehnen.

Kritik an Deliberation als Instrument zur Demokratiebildung

Dieser Optimismus wird allerdings nicht von allen geteilt. Ein Fokus der Kritik an Deliberationsprozessen liegt auf der Machtverteilung innerhalb der Gruppe. Kritiker_innen argumentieren, dass bestehende Ungleichheiten sehr wohl innerhalb eines Deliberativen Forums weiterbestehen. Diese äußern sich beispielsweise in der unterschiedlichen Ausprägung von für die Deliberation nützlichen Fähigkeiten wie Rationalität, Ausdrucks- und Argumentationsfähigkeit und Faktenwissen (vgl. Chappell 2012: 20; Mansbridge 2009: 35). Dadurch sind einige Teilnehmer_innen in der Lage, größeren Einfluss auf den Diskussionsverlauf sowie die Entscheidungsfindung zu nehmen als andere. Da es sich bei solch einflussreichen Personen tendenziell um besser Gebildete, Männer, einkommensstarke Personen und Personen ohne Migrationshintergrund handelt (vgl. Chappell 2012: 73f., 83f.; Sanders 1997: 352; Steiner 2012: 49), treten auch in deliberativen Foren eben jene Personengruppen in den Vordergrund, die auch in den bestehenden demokratischen Institutionen über den meisten Einfluss verfügen.

Weiter wird bezweifelt, dass das Ergebnis einer Debatte tatsächlich die Konsensposition aller beteiligten Gruppenmitglieder darstellt. Insbesondere wird die Annahme kritisiert, dass Minderheiten

Einfluss auf die Beteiligten ausüben können und diese durch den gegenseitigen Austausch empathischer werden. Vielmehr wird angenommen, dass sich im Verlauf der Diskussion die Meinung der Mehrheit gegenüber Minderheitenpositionen durchsetzt, bei den Teilnehmer_innen also lediglich eine Meinungsänderung in Richtung der Mehrheitsmeinung stattfindet (vgl. Mendelberg 2002: 159). In diesem Sinne wird kritisiert, dass Deliberation nicht dazu dient gesellschaftliche Machtverhältnisse und Konsense aufzubrechen, sondern den bestehenden Diskurs bestätigt (vgl. Rostbøll nach Steiner 2012: 141). Zudem können die in einer Gruppe vorherrschenden Dynamiken dazu führen, dass Teilnehmer_innen vom entstehenden Konsens abweichende Meinungen nicht äußern (vgl. Steiner 2012: 141).

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Existenz von Untergruppen, in diesem Fall *Erwerbslose* und *Erwerbstätige*, innerhalb der Deliberationsgruppe. So scheint es unter bestimmten Bedingungen möglich zu sein, Kooperationen zwischen Untergruppen zu erzielen. Allerdings ist dies nur bei gleicher Gruppenstärke und bei regelmäßigem Austausch der Gruppen untereinander über einen längeren Zeitraum hinweg möglich (vgl. Insko et al. 1993: 109).

Aus dieser Kritik ergeben sich folgende, zu testende Hypothesen:

H2a: Die Heterogenität bezüglich der inhaltlichen Positionen innerhalb einer Diskussionsgruppe ist nach einer Deliberation geringer als davor.

H2b: Aktive Personen, die den Diskurs bestimmen, beeinflussen auch die Richtung der Meinungsänderung ihrer jeweiligen Gruppe.

Hypothese H2b knüpft an die Kritik, die eine Dominanz des Diskurses durch Teilnehmer_innen mit hohen deliberativen Fähigkeiten befürchtet, an. Zwar können im Rahmen dieser Arbeit nicht deliberative Fähigkeiten messbar gemacht werden, die Hypothese soll jedoch die Frage klären, ob Personen, die die Debatte bezüglich ihrer Redezeit dominieren, eine Verschiebung der Gruppenposition in Richtung ihrer Position erreichen oder ob sich eine Dominanz der Redeanteile nicht notwendigerweise in einer überproportionalen Beeinflussung der Gruppenposition widerspiegelt.

Da im Zuge der Gruppeneinteilung eine Erwerbstätigengruppe, eine Erwerbslosengruppe sowie eine gemischte Gruppe gebildet wurden, lässt sich zudem untersuchen, welchen Einfluss das (Nicht)Vorhandensein der Untergruppen *Erwerbstätig* und *Erwerbslos* innerhalb einer Gruppe auf die Richtung der Meinungsänderung sowie auf Heterogenität und Konsensbildung hatte. Der Fokus liegt hierbei auf

möglichen moderierenden Effekten sowie die in den vorherigen Kapiteln theoretisierten Auswirkungen von Deliberation auf die Meinungsbildungsprozesse innerhalb der Gruppen.

Methodik

Das durchgeführte Forschungsprojekt hatte zum Ziel verschiedene (benachteiligte) soziale Gruppen einzubeziehen, um einen Gesprächsrahmen zu schaffen, in dem konstruktive Debatten möglich werden. Verknüpft wurde dies mit *deliberative polls*, die Meinungsänderungen vor und nach dem Deliberativen Forum abbilden. Den Teilnehmer_innen wurde sowohl vor als auch nach dem Deliberativen Forum ein Fragebogen mit Items zu Einstellungen zum Sozialstaat, zu Erwerbslosigkeit und zu Hartz IV vorgelegt, die die Grundlage für die folgende Analyse bilden. Die auf den Arbeiten von Jim Fishkin basierende Methode des *deliberative polling* untersucht, ob und auf welche Weise Meinungsänderungen im Verlauf der Deliberation stattgefunden haben. Von Interesse ist insbesondere wie sich Teilnehmer_innen nach eingehender Auseinandersetzung mit einem Thema und der Bereitstellung von Informationen dazu neu positionieren, also welchen Einfluss Deliberation und Information auf die gesellschaftliche Positionierung zu einem Thema haben (vgl. Fishkin 1995: 162; Fishkin/Luskin 2005: 287ff.).

Der Unterschied dieser Studie zu anderen *deliberative polls* besteht in der Ausgestaltung des Fragebogens sowie der Auswahl der Teilnehmer_innen. Während die meisten *deliberative polls* weitgehende Ähnlichkeiten in der Struktur der Befragung aufweisen (vgl. Gastil et al. 2010: 10) und die Teilnehmenden einen repräsentativen Zufallsquerschnitt der Gesamtbevölkerung hinsichtlich Soziodemographie und Einstellungen hinsichtlich des zu debattierenden Themas bilden, liegt der Fokus in dieser Befragung explizit auf der Ausgestaltung des deutschen Sozialstaats im Allgemeinen und von Hartz IV im Besonderen. Zudem war das Ziel der Auswahl nicht die Herstellung von Repräsentativität, da hier eine höhere Teilnehmer_innenzahl notwendig wäre. Vielmehr ging es um eine angemessene Beteiligung aller Geschlechter, Alters- und Erwerbsgruppen, die weitgehend erreicht wurde.

Für den Diskussionsverlauf hervorzuheben ist ein signifikanter Unterschied in der Parteienpräferenz der Teilnehmer_innen gegenüber der Verteilung in der Gesamtbevölkerung. Dies ist insoweit von Bedeutung, als dass die Zustimmung zu unterschiedlichen Maßnahmen des deutschen Sozialstaats und zu Hartz IV mit der Präferenz für eine Partei korreliert. Es ist also anzunehmen, dass die Teilnehmer_innen Hartz IV kritischer und einem Leistungsausbau positiver gegenüberstehen, als dies in der Gesamtbevölkerung der Fall ist. Die

geringe Beteiligung von Personen mit niedrigen formalen Bildungsabschlüssen ist insoweit problematisch, als dass sich auch hier die ungleichen Beteiligungschancen an demokratischen Prozessen manifestieren (vgl. Chappell 2012: 76f.). Ausgleichend lässt sich anmerken, dass aktiv versucht wurde durch die Festlegung des Termins auf das Wochenende und einen finanziellen Anreiz eine möglichst breite Teilnahme zu erzielen. Nichtsdestotrotz wies der Pool der möglichen Kandidat_innen eine soziale Ungleichgewichtung auf, die auch durch aktives *sampling* nicht ausgeglichen werden konnte.

Zu Beginn wurden die Teilnehmer_innen anhand ihres Erwerbsstatus auf die drei Diskussionsgruppen verteilt. Die Erwerbstätigengruppe umfasste zehn Personen, die Erwerbslosengruppe acht und die gemischte Gruppe neun Personen.

Operationalisierung der Variablen

Die themenbezogenen Items lassen sich in fünf Blöcke einteilen. Der erste Block erhebt Einstellungen zu Hartz IV-Empfänger_innen hinsichtlich ihrer jeweiligen Rechte und Pflichten bezüglich des Erhalts von Leistungen und Fördermaßnahmen. Der zweite Block erhebt einzelne Items zu Rechten und Pflichten aus Gruppe 1 noch einmal gesondert für Aufstocker_innen. Darunter werden Personen verstanden,

die einer Erwerbsarbeit nachgehen, deren Einkommen allerdings unter der Grundversicherung liegt und die daher zusätzlich finanzielle Leistungen von Jobcentern beziehen. Der dritte Block umfasst Bewertungen zur Qualität und Leistungsfähigkeit des deutschen Sozialstaates, während es im vierten Block um eine Bewertung der Auswirkungen von Hartz IV auf die Gesellschaft und das Individuum geht. Der fünfte Block befasst sich schließlich mit dem Bild von Hartz IV-Empfänger_innen in der Gesellschaft, vor allem mit Blick auf Bedürftigkeit und Leistungsbereitschaft.

Um festzustellen inwieweit die Teilnehmer_innen nach Gastil et al. großzügiger und kollektivistischer geworden sind und inwieweit langfristige Erwägungen eine größere Rolle spielen wurden die Blöcke noch einmal nach diesen Aspekten gegliedert. Für den Aspekt der Großzügigkeit entscheidend waren Fragen nach der Zustimmung zu staatlichen Unterstützungsleistungen für Erwerbslose und Aufstocker_innen und zu Vorgaben, jede Arbeit – auch unterhalb des Mindestlohns – anzunehmen. Zusätzlich wurden Fragen nach der tatsächlichen Bedürftigkeit und des Verschuldens für die eigene Situation einbezogen. Kollektivismus bezieht sich auf die Frage, ob der Staat oder eher die einzelnen Personen für die Sicherstellung eines angemessenen Lebensstandards verantwortlich sind. Langfristige Erwägungen und die Unterstützung wohlfahrtstaatlicher

Leistungen werden anhand der Fragen zu staatlichen Unterstützungsleistungen in Form von Weiterbildungsmaßnahmen, Suchtberatungen oder zu staatlicher Unterstützung bei der Suche nach einer (besseren) Arbeit und bei der Kinderbetreuung gemessen, die auf eine langfristige Verbesserung der Ausgangsbedingungen für die Einzelperson abzielen. Ergänzend dazu kommt der Aspekt der Sanktionen, die gesondert nach Sanktionen bei verpassten Terminen, Weiterbildungsmaßnahmen, Arbeitsangeboten und Suchtberatungsterminen erfasst wurden.

Die folgende Analyse befasst sich im ersten Schritt mit dem Ausmaß der Meinungsänderungen aller Teilnehmer_innen und ihre Auswirkungen auf die Meinungsheterogenität und die durchschnittliche Gruppenposition. Hier sind insbesondere die substantiellen Meinungsänderungen relevant. Unter substantielle Meinungsänderungen fallen dabei zunächst alle Meinungsänderungen, bei denen eine Person nach dem Deliberativen Forum eine gegenteilige Meinung als zuvor besitzt. Verwendet wurden dabei alle Items mit fünfschrittigen Zustimmungsskalen. Eine substantielle Meinungsänderung liegt dann vor, wenn eine Person zuvor einem Item voll und ganz oder eher zugestimmt hat, dies nach der Debatte aber nun eher nicht oder gar nicht mehr tut, beziehungsweise umgekehrt. Eine weitere Möglichkeit ist die Meinungsverschiebung in oder aus

der Mittelkategorie „Weder noch“. Diese wurde noch einmal gesondert erfasst, da die Verschiebung in oder aus der Mitte eine weniger große Meinungsverschiebung darstellt als der Wechsel auf eine gegenteilige Position. Nichtsdestotrotz fällt auch diese Art der Positionsänderung unter substantielle Meinungsänderungen, da sich entweder die eigene Position im Lauf der Debatte von unentschlossen in eine Richtung verschärft hat, oder da eine Person mit einer zuvor klaren Meinung durch den gegenseitigen Austausch von Gegenargumenten diese nun einbezieht und dadurch unentschlossen geworden ist.

Für eine genauere Analyse der Heterogenität der Meinungen innerhalb der Gruppe lassen sich zwei Arten von Gruppenheterogenität unterscheiden: Zum einen ist es möglich, dass sich insgesamt die Abweichung aller Gruppenmitglieder von der durchschnittlichen Gruppenposition verringert, also die durchschnittliche Varianz abnimmt. Zum anderen kann sich eine Heterogenitätsabnahme darin äußern, dass die Abstände der Extrempositionen, also der maximalen Abweichungen über und unter dem Gruppendurchschnitt, abnehmen.

Der zweite Teil der Analyse betrachtet den Einfluss der aktivsten Personen auf die Meinungsänderungen der übrigen Gruppenmitglieder. Zur Bestimmung dieser aktivsten und damit einflussreichsten

Personen wurden zusätzlich zu den Fragebogenitems die Redeanteile der jeweiligen Personen aufgenommen. Diese ergeben sich aus der Fläche, die eine Person im Transkript einnimmt. Unter der Fläche wird dabei die Anzahl der Zeichen im Textdokument pro Person verstanden. Einbezogen wurden lediglich die Diskussionen in den einzelnen Diskussionsgruppen (ohne das Vor- und Nachmittagsplenum, da es sich dabei vorrangig um Vorstellungsrunden und Zusammenfassungen des Tages handelte). Die aufsummierte Redemenge wurde anschließend mit dem Mittelwert der jeweiligen Gruppe zentriert, um eine Einordnung der Redeanteile anhand des Durchschnitts zu ermöglichen. Anschließend wurden anhand der Redebeiträge in jeder Gruppe die Personen als aktive Personen identifiziert, die sich hinsichtlich der Beitragsmenge deutlich von den restlichen Gruppenmitgliedern absetzen (vgl. Online-Appendix 10.1). Sowohl in der Erwerbslosen- als auch in der gemischten Gruppe war dies bei lediglich einer Person der Fall, während die Erwerbstätigen-Gruppe zwei Personen mit ähnlich hohen Redeanteilen gegenüber den übrigen Teilnehmer_innen aufwies.

Hinsichtlich der Analyse des Einflusses von aktiven Personen auf Meinungsänderungen lassen sich zwei Aspekte unterscheiden: Zum einen lässt sich untersuchen, ob sich die Positionen von aktiver Person und Gruppe zwischen der Vor- und

Nachbefragung grundsätzlich angenähert haben. Weiter lässt sich untersuchen, ob sich die Gruppe an die Vorher-Position der aktivsten Person angenähert hat.

Somit sind vier Szenarien möglich. Im ersten Fall (V1) entwickeln sich aktive Person und Gruppe in unterschiedliche Richtungen insofern, als dass sich die Gruppe im Schnitt der ursprünglichen Position der aktiven Person annähert, während diese gleichzeitig einen Positionswechsel in die entgegengesetzte Richtung vollzieht. Auch im zweiten Fall (V2) differenzieren sich die Positionen, hier verändert sich die Gruppenposition allerdings weg von der Position der aktivsten Person, die sich von ihrer ursprünglichen Position entfernt und eine Position einnimmt, die noch weiter von der Gruppenposition entfernt

ist. Der dritte Fall (V3) stellt das genaue Gegenteil des zweiten Szenarios dar. Zum einen haben sich die Gruppenposition und die Einzelposition einander angenähert, gleichzeitig ist auch der Abstand der Gruppenposition zur Anfangsposition der aktiven Person geringer geworden. In diesem Fall lässt sich vermuten, dass die Person tatsächlich Einfluss auf die Debatte genommen hat und die Gruppe von ihrer Position überzeugen konnte.

Das vierte Szenario (V4) umfasst schließlich alle Fälle, in denen zwar die Differenz zwischen der Einzel- und der Gruppenposition im Verlauf des Deliberativen Forums abgenommen hat, der Konsens jedoch weiter entfernt von der Position der Einzelperson ist als vorher. In diesem Fall haben andere Mitglieder einen größeren Einfluss

Tabelle 1: *Kategoriensystem der Meinungsänderungen*

	Differenz Person-Gruppe vorher zu nachher zugenommen	Differenz Person-Gruppe vorher zu nachher abgenommen
Gruppenposition nachher näher an Einzelposition vorher	V1	V3
Gruppenposition nachher weiter entfernt von Einzelposition vorher	V2	V4

Quelle: Eigene Daten

auf die Debatte genommen, obwohl sie über geringere Redeanteile verfügten und sowohl die Gruppe als auch die aktivste Person argumentativ überzeugt.

Darüber hinaus besteht auch die Möglichkeit, dass sich der Abstand des Gruppendurchschnitts nachher gegenüber vorher nicht verändert hat, entweder weil beide Positionen unverändert geblieben sind oder weil sich sowohl die aktive Person als auch die Gruppe insgesamt identisch hinsichtlich Richtung und Ausmaß der Veränderung bewegt haben.

Dynamiken der Meinungsbildung – eine Analyse

Meinungsheterogenität innerhalb der Gruppe

Deliberationstheorien zufolge nehmen inhaltliche Extrempositionen durch die Suche nach einem gemeinsamen Konsens und durch den Austausch von Argumenten ab. Tatsächlich zeigt sich bei allen drei Gruppen eine Abnahme der durchschnittlichen Varianz (vgl. Online-Appendix 10.2). Am stärksten ist die Abnahme der Heterogenität in der gemischten Gruppe, während die Abnahme in der Erwerbstätigen-Gruppe am geringsten ausgefallen ist. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Existenz von Untergruppen, in diesem Fall *Erwerbslose* und *Erwerbstätige*, nicht notwendigerweise

eine höhere Gruppenheterogenität zur Folge hat. Vielmehr wies die gemischte Gruppe bereits im Vorfeld des Deliberativen Forums die geringste Heterogenität der Meinungen auf.

Neben der durchschnittlichen Abnahme von Heterogenität lässt sich auch untersuchen, ob sich die Extrempositionen einander angenähert haben. Die gemischte Gruppe weist hier wiederum die größte Abnahme auf, gefolgt von der Erwerbstätigen-Gruppe, während die Differenz zwischen den Extrempositionen in der Erwerbslosengruppe nur marginal abnahm. Insoweit konnte das Deliberative Forum seine konsensfördernde Wirkung dort nur bedingt entfalten.

Meinungsänderungen allgemein

Weiter ist interessant, inwieweit es zu substantiellen Meinungsänderungen (also Positionsveränderungen über, in oder aus der Mittelkategorie; siehe oben) gekommen ist. Es lässt sich festhalten, dass insgesamt 19 der 24 Teilnehmer_innen, die sowohl an der Vor- wie auch der Nachbefragung teilgenommen haben, ihre Position bei mindestens einem Item substantiell geändert haben. Somit war der meinungsbildende Effekt von Deliberation nicht auf einen kleinen Teilnehmer_innenkreis beschränkt, sondern entfaltete seine Wirkung bei knapp 80 Prozent der teil-

nehmenden Personen. Das Ausmaß der Meinungsänderungen unterscheidet sich jedoch stark nach Themenbereichen (vgl. Online-Appendix 10.3). Während meist nicht mehr als zwei Personen pro Item ihre Meinung ändern, finden sich höhere Anteile lediglich im Bereich der Bewertung des deutschen Sozialstaats. Die meisten Veränderungen hin zur Mittelkategorie finden sich bei Sanktionierungen von Erwerbslosen bei verpassten Arbeits- und Weiterbildungsangeboten sowie der Bewertung von Erfolg und Ziel des deutschen Sozialstaats und Hartz IV hinsichtlich der Herstellungen eines sozialen Ausgleichs. Eine eindeutiger Positionierung lässt sich vor allem für Items zur Bewertung der sozialen Sicherung durch Hartz IV, zu Pflichten und Bedürftigkeit von Hartz IV-Empfänger_innen und deren Sanktionierung bei verpassten Terminen feststellen. Damit lässt sich grundsätzlich sagen, dass Hypothese 1, der zufolge es zu signifikanten Meinungsverschiebungen im Zuge eines Deliberativen Forums kommt, bestätigt wurde.

Meinungsänderungen bezüglich wohlfahrtsstaatlicher Leistungen

Die obigen Ergebnisse werfen die Frage auf, ob und wie diese Meinungsänderungen innerhalb der Gruppen gerichtet waren. Tabelle 2 listet dazu die Veränderungen in der durchschnittlichen Gruppenposition

sowie die Ergebnisse eines t-Tests auf signifikante Unterschiede zwischen den beiden Gruppendurchschnitten auf. Im direkten Vergleich mit der vorherigen Analyse ist auffallend, dass eine signifikante Meinungsänderung bei mehreren Teilnehmer_innen zu einer Frage nicht notwendigerweise in einer signifikanten Veränderung der Gruppendurchschnitte resultiert.

Das beste Beispiel hierfür bildet der Frageblock zu Einstellungen zum deutschen Sozialstaat. Obwohl bis zu einem Drittel der teilnehmenden Personen ihre Position zu einzelnen Items substantiell geändert haben und es zudem zu Verschiebungen in die und aus der Mitte kam, ist eine signifikante Veränderung der Gruppenposition mit einer Ausnahme nicht erkennbar.

Bei allen betrachteten Items ist interessant, dass sowohl die Erwerbstätigen- als auch die Erwerbslosengruppe jeweils auf lediglich einem Item eine signifikante Änderung in eine gegensätzliche Gruppenposition aufweisen, und dies auch nur auf dem 10-Prozent-Niveau. In der gemischten Gruppe fand demgegenüber eine signifikante Änderung bei zehn der 36 Items statt, allerdings resultierte diese bei lediglich zwei Items zu sozialer Gerechtigkeit und Solidarität durch Hartz IV in einer gegensätzlichen, positiveren, Gruppenposition. Der Austausch zwischen den beiden Gruppen mit unterschiedlichem Erwerbsstatus hat also

Tabelle 2: Änderungen des Durchschnitts nach Gruppe

Variable	Erwerbstätige			Erwerbslose			Gemischte Gruppe		
	Pre	Delta	Post	Pre	Delta	Post	Pre	Delta	Post
Geld für Lebensunterhalt von Staat	4,75	- 0,25	4,50	4,25	+ 0,25	4,50	4,43	± 0,00	4,43
Bereitschaft, für Unterstützung zu arbeiten	4,38	± 0,00	4,38	3,50*	- 0,75	2,75*	3,67*	+ 0,50	4,17*
Unterstützung Suche nach Arbeit	4,88	- 0,13	4,75	4,63	± 0,00	4,63	4,71	+ 0,15	4,86
Unterstützung Kinderbetreuung	4,88	± 0,00	4,88	4,57	+ 0,29	4,86	4,71	+ 0,15	4,86
Suchtberatung	4,50	- 0,12	4,38	4,75	- 0,25	4,50	4,43*	+ 0,43	4,86*
Weiterbildungsmaßnahmen	4,75	± 0,00	4,75	4,88	- 0,13	4,75	4,71	+ 0,29	5,00
Jede Arbeit annehmen	2,29	- 0,15	2,14	1,63	± 0,00	1,63	2,29	± 0,00	2,29
Sanktionen bei verpassten Terminen	3,00	+ 0,14	3,14	2,50	- 0,25	2,25	3,43**	+ 0,71	4,14**
Sanktionen bei verpassten Weiterbildungsangeboten	3,25	+ 0,13	3,38	3,00	- 0,50	2,50	2,71	+ 0,29	3,00
Sanktionen bei verpassten Arbeitsangeboten	1,88	- 0,25	1,63	1,63	± 0,00	1,63	2,00	+ 0,29	2,29
Sanktionen bei verpasster Suchtberatung	3,00	- 0,12	2,88	2,50	- 0,17	2,33	3,29	± 0,00	3,29
Beschäftigung unter Mindestlohn	1,56	+ 0,22	1,78	1,63	± 0,00	1,63	2,29*	- 0,72	1,57*
Verpflichtung Arbeit für Leistungen für Gesellschaft	3,13	± 0,00	3,13	2,00	± 0,00	2,00	2,71	± 0,00	2,71
Aufstocker: Geld für Lebensunterhalt	4,88	- 0,13	4,75	4,75	± 0,00	4,75	4,71	- 0,15	4,86
Aufstocker: Bereitschaft, jede Arbeit anzunehmen	2,11	- 0,33	1,78	1,75	+ 0,13	1,88	2,71	- 0,28	2,43
Aufstocker: Unterstützung Arbeitssuche	4,22	+ 0,22	4,44	4,75	± 0,00	4,75	4,86	+ 0,14	5,00
Aufstocker: Weiterbildungsmaßnahmen	4,56	+ 0,11	4,67	4,88	- 0,25	4,63	4,86	+ 0,14	5,00
Sozialstaat: Kompensation Arbeitseinkommen unzureichend	3,13	- 0,13	3,00	3,86	- 0,57	3,29	3,17	± 0,00	3,17
Sozialstaat: menschenwürdiges Leben	2,88*	+ 0,37	3,25*	3,00	- 0,37	2,63	2,71	- 0,14	2,57
Sozialstaat: Sicherstellung politischer Teilhabe	2,50	+ 0,25	2,75	2,88	- 0,13	2,75	2,67	- 0,34	2,33
Sozialstaat: im Rückbau begriffen	3,71	+ 0,14	3,85	4,00	± 0,00	4,00	3,67	+ 0,16	3,83
Sozialstaat: Schutz sozial Schwächerer	3,63	± 0,00	3,63	3,71	± 0,00	3,71	3,43	± 0,00	3,43
Verantwortung für soziale Sicherung	4,13	+ 1,87	6,00	7,00	- 0,43	6,57	5,79	+ 1,07	6,86
Hartz IV: weniger soziale Sicherheit	3,14	± 0,00	3,14	3,83	+ 0,17	4,00	3,83*	- 0,50	3,33*
Hartz IV: weniger Gleichheit	3,57	+ 0,29	3,86	3,86	+ 0,14	4,00	4,17**	- 0,84	3,33**
Hartz IV: strebt Gleichheit an	2,57	± 0,00	2,57	1,75	+ 0,38	2,13	2,00**	+ 0,66	2,66**
Hartz IV: Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit	2,71	± 0,00	2,71	2,00	+ 1,00	3,00	2,14**	+ 1,00	3,14**
Hartz IV: Solidarität zerstört	3,17	+ 0,16	3,33	4,00	+ 0,17	4,17	3,80*	- 1,00	2,80*
Hartz IV: Staat aus sozialer Sicherung zurückgezogen	3,43	- 0,72	2,71	3,83	+ 0,34	4,17	3,60	- 0,40	3,20
Hartz IV: Einschränkung sozialer Rechte	3,33	- 0,16	3,17	4,00	+ 0,33	4,33	4,00	- 0,29	3,71
Hartz IV: Teilhabe am gesellschaftl. Leben	3,86	- 0,29	3,57	3,43	± 0,00	3,43	4,29	- 0,72	3,57
Hartz IV: Reduktion von Armut	1,71	+ 0,29	2,00	2,29	- 0,43	1,86	2,14	+ 0,43	2,57
Erwerbslose: mehr Mühe	2,78	+ 0,11	2,89	2,25	+ 0,13	2,38	2,33	± 0,00	2,33
Erwerbslose: brauchen es wirklich	3,83	± 0,00	3,83	4,00	± 0,00	4,00	4,14	+ 0,15	4,29
Erwerbslose: oft keinen Anspruch	3,17	- 0,67	2,50	2,43	- 0,14	2,29	2,40	+ 0,60	3,00
Erwerbslose: eigenes Verschulden	2,67	- 0,17	2,50	1,75	- 0,50	1,25	2,14*	- 0,43	1,71*

* signifikant auf 10-Prozent-Niveau ** signifikant auf 5-Prozent Niveau

Quelle: Eigene Daten

nicht nur zu Positionsveränderungen bei einzelnen Gruppenmitgliedern geführt, sondern es hat sich zudem der Durchschnitt der Gruppe insgesamt verschoben, was für eine zielgerichtete Änderung der Einzelpositionen spricht.

Es lässt sich festhalten, dass in der gemischten Gruppe die Zustimmung zu Hartz IV und den jeweiligen Maßnahmen zugenommen hat. Obwohl die Verantwortung für ihre Situation weniger den Erwerbslosen zugeschrieben wird als noch zu Beginn, werden die Maßnahmen der Jobcenter weniger kritisch gesehen. Eine Ausnahme bildet hier lediglich der Vorschlag, Langzeiterwerbslose für weniger als den Mindestlohn beschäftigen zu dürfen. Dieser wurde bereits im Vorfeld eher abgelehnt, nach der Diskussion hat sich die durchschnittliche Ablehnung aber noch verstärkt. Positiver wurde Hartz IV von der gemischten Gruppe auch hinsichtlich der gesellschaftlichen Auswirkungen bewertet. So werden den Maßnahmen von Hartz IV bessere Erfolge bei der Herstellung von Gleichheit sowie sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit attestiert als vor Beginn der Diskussion.

Daraus ergibt sich die Frage, ob sich innerhalb der gemischten Gruppe die Erwerbstätigen mit ihren Positionen und Interessen besser durchsetzen konnten als die Erwerbslosen, oder ob die Bewertung von Hartz IV nicht mit dem Erwerbsstatus korreliert und es somit nicht zu Macht-

gefallen in der Bewertung der jeweiligen Argumente gekommen ist. In der Bewertung der 36 Items gab es bei drei Items zu sozialer Sicherung und Gerechtigkeit und zum ungerechtfertigten Bezug von Hartz IV signifikante Unterschiede in der Bewertung zwischen den beiden Untergruppen. Bei zwei der drei Items hat sich die Gruppenposition in Richtung der weniger kritischen Erwerbstätigenposition verschoben, nur hinsichtlich der Aussage, dass sich der Staat aus der sozialen Sicherung zurückgezogen habe, konnten offenbar die Argumente der Erwerbslosen eher überzeugen. Betrachtet man zusätzlich die nicht-signifikanten Unterschiede und die Veränderung der Mittelwerte der beiden Untergruppen, so fällt auf, dass sich überwiegend bei Items zur Sozialstaatsbewertung der Mittelwert in Richtung der Erwerbslosenposition verschoben hat, während der Gruppendurchschnitt bei Items zu Hartz IV in Richtung der ursprünglichen Erwerbstätigenposition tendiert.

In der Erwerbstätigengruppe hat die Diskussion nur zu marginalen Veränderungen in der Bewertung geführt. Diese zielen in Richtung einer positiveren Bewertung des deutschen Sozialstaats und von Hartz IV, während Sanktionen bei verpassten Terminen und Weiterbildungen und gering vergütete Beschäftigungsverhältnisse größere Zustimmung finden. Im Gegenzug wurde die Bedürftigkeit von Langzeiterwerbslosen eher anerkannt. Gleichzeitig wird die Ver-

verantwortlichkeit für die soziale Sicherung in Richtung des Staates verschoben, im Gegensatz zu den meisten übrigen Positionswechseln ist der Unterschied auf diesem Item auch nicht nur marginal. Betont wurden in dieser Gruppe also die beiden Aspekte des „Förderns“ durch staatliche Maßnahmen, aber auch des „Forderns“ nach Eigeninitiative oder der Annahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen.

In der Erwerbslosengruppe hingegen sehen die Teilnehmer_innen nach der Diskussion eher die Einzelperson in der Pflicht. Dies mag im ersten Moment kontraintuitiv erscheinen, ist aber möglicherweise ein Resultat der negativeren Bewertung des Staates bei der Reduktion von Armut und der Sicherstellung eines menschenwürdigen Lebens, das soziale Teilhabe ermöglicht. So herrscht im Anschluss an die Debatte eher die Vorstellung vor, dass sich der Staat aus der sozialen Sicherung zurückgezogen hat. Insoweit erscheint es konsequent, unabhängig von normativen Erwägungen den Einzelnen stärker in die Verantwortung zu nehmen, auch wenn die Person weniger für ihre jetzige Situation verantwortlich gemacht wird. Insgesamt ist in dieser Gruppe die Gruppenposition vielfach gleich geblieben oder hat sich nur marginal verändert. Dazu zählen eine geringere Unterstützung von einzelnen Sanktionen und Weiterbildungsmaßnahmen sowie ein leicht positiveres Bild der gesellschaftlichen Auswirkungen von Hartz

”

[Es ließ] sich kein genereller Trend hin zu einer größeren Unterstützung von staatlichen Fördermaßnahmen und einer abnehmenden Unterstützung von Sanktionen feststellen.

IV. Auch die Bedürftigkeit von Bezieher_innen wird etwas stärker anerkannt.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass sich kein genereller Trend hin zu einer größeren Unterstützung von staatlichen Fördermaßnahmen und einer abnehmenden Unterstützung von Sanktionen feststellen ließ. Hypothese 1b konnte somit nicht bestätigt werden.

Einflussreiche Personen

In der Analyse ließ sich keine generelle Tendenz zur Angleichung der Positionen von aktiver Person und Gruppe in den drei Diskussionsgruppen feststellen. Vielmehr weist die Erwerbslosengruppe eine Tendenz hin zu einem Auseinanderdriften der mittleren Gruppenposition und der Position der aktivsten Person auf, während die Art und Richtung der Veränderung sowohl in der Erwerbstätigen-, als auch

in der gemischten Gruppe relativ ausgeglichen ist (vgl. Online-Appendix 10.4).

In der detaillierten Analyse der Meinungsänderungen von einflussreichen Personen und ihren zugehörigen Gruppen zeigt sich, dass sechsmal die spätere Gruppenposition mit der ursprünglichen Einzelposition übereinstimmt. Vier Fälle davon kommen aus der gemischten Gruppe und jeweils ein Fall aus der Erwerbstätigen- und der Erwerbslosengruppe. In drei der Fälle hat die aktive Person ihre Position im Verlauf des Deliberativen Forums nicht geändert, während sie in den drei anderen Fällen eine andere Meinung vertritt als zuvor. Allerdings lässt sich feststellen, dass die Übereinstimmungen in den ersten drei Fällen weniger auf die aktive Person zurückgehen, sondern dass vielmehr bereits vor der Debatte eine weitgehende Übereinstimmung der Positionen vorherrschte. So sind beide Fälle in der gemischten Gruppe auf die Positionsänderung einer einzigen Person zurückzuführen, die sich der ansonsten einstimmigen Gruppenposition angepasst hat. Im dritten Fall sind alle Personen unverändert bei ihrer Position geblieben. Lediglich eine der beiden aktivsten Personen hat ihre Position dem Gruppenschnitt angepasst und somit bewirkt, dass der Gesamtschnitt der Gruppe der Position der zweiten aktiven Person entspricht.

An diesen Beispielen zeigt sich, dass in keinem dieser Fälle von einer tatsächlichen

Überzeugungsarbeit der aktivsten Personen gesprochen werden kann. Vielmehr entsprach die Einzelposition bereits vorher dem Gruppenkonsens, oder die Veränderung einer einzelnen Person hat zur Übereinstimmung der beiden Positionen beigetragen.

Bezüglich der übrigen Meinungskonstellationen und ihrer Veränderungen gibt Tabelle 3 einen Überblick über die Häufigkeitsverteilung innerhalb der jeweiligen Diskussionsgruppen.

Bei Person 2 in der Erwerbstätigengruppe bildet V3 die mit Abstand häufigste Kategorie, das heißt, die Gruppe hat sich in neun Fällen der Position dieser Person aus der Vorbefragung angenähert. Da diese Person allerdings nur teilweise Angaben in der Nachbefragung zu den einzelnen Items gemacht hat, sind somit nur für knapp die Hälfte der Items Werte verfügbar. Nichtsdestotrotz entsprechen neun Fälle immerhin einem Viertel der gesamten Items, sodass diese Kategorie einen nicht unerheblichen Anteil einnimmt.

Für die erste Person in der Erwerbstätigengruppe liegen hingegen Werte für alle Items vor. Im Gegensatz zur zweiten Person ist hier die Polarisierungstendenz die häufigste Kategorie.

In der Erwerbslosengruppe fand bei knapp einem Drittel der Items eine Polarisierung

Tabelle 3: Verteilung der Änderungskategorien über die Diskussionsgruppen

	Erwerbstätige	Erwerbslose	Gemischte Gruppe
V1	2/3	6	9
V2	13/3	11	8
V3	9/9	10	10
V4	4/1	2	4
0	8/1	6	5

Quelle: Eigene Daten

186

der Meinungen von aktiver Person und Gruppe statt, zum anderen kam es auch bei über einem Viertel der Items zu einer Angleichung der Positionen. Nur in zwei Fällen haben sich aktive Person und Gruppe auf einer Position angenähert, die mehr der Ausgangsposition der Gruppe entsprach.

Die gemischte Gruppe weist die ausgeglichene Verteilung der Kategorien auf. Die Kategorien V1 bis V3 weisen nahezu dieselben Häufigkeiten auf, sodass sich Polarisierungs- ebenso wie Konsenstendenzen finden lassen. Insgesamt lässt dies auf ein ausgewogenes Verhältnis der Teilnehmer_innen untereinander schließen, unabhängig von den jeweiligen Redeanteilen. Eine Erklärung ist in diesem Kontext aber die unterschiedliche Festigkeit der Meinung

zwischen Einzelperson und Gruppe. So kam es in dieser Gruppe zu ausgeglicheneren Positionsverschiebungen als in den beiden übrigen Gruppen, da die aktivste Person über eine weniger gefestigte Meinung als der Gruppendurchschnitt verfügte.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass nicht generell von einem Einfluss aktiver Personen auf die abschließende Gruppenposition ausgegangen werden kann. Stattdessen überwiegen sowohl Polarisierungstendenzen als auch Angleichungen der durchschnittlichen Gruppenposition an die anfangs vertretene Position der aktivsten Person.

Fazit

In dieser Arbeit sollte untersucht werden, in welchem Umfang Meinungsänderungen während eines Deliberativen Forums zur Arbeits- und Sozialpolitik stattgefunden haben und inwieweit diese durch aktive Personen beeinflusst wurden.

Erstens wurde angenommen, dass sich die Positionen der Teilnehmer_innen ändern, und dass diese Änderung in Richtung einer größeren Zustimmung zu sozialstaatlichen Leistungen und einer verstärkten Ablehnung von Sanktionen stattfindet. Zwar konnte die These von durch Deliberationsprozessen angestoßenen Meinungsänderungen grundsätzlich bestätigt werden, allerdings muss dieser Schluss mit zwei Einschränkungen versehen werden: Zum einen deuten die geringen nach Items aufgeschlüsselten Anteile und die marginalen Veränderungen in den Gruppenpositionen darauf hin, dass eine Mehrheit der Personen bei lediglich einem oder zwei Items seine Position signifikant geändert hat. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Teilnehmer_innen insgesamt

in ihren Positionen weitgehend unverändert aus der Debatte gegangen sind und kein grundsätzliches Umdenken stattgefunden hat. In Verbindung mit der Tatsache, dass ein Fünftel der Teilnehmer_innen bei keinem Item die Position geändert hat lässt sich festhalten, dass der gegenseitige Austausch von Meinungen, Erfahrungen und Informationen nicht zwangsläufig in Meinungsänderungen bei den teilnehmenden Personen resultiert.

Auch inhaltlich lässt sich festhalten, dass die normativen Erwartungen der Theoretiker_innen hinsichtlich Gemeinwohlorientierung, Großzügigkeit und Nachhaltigkeit von getroffenen Entscheidungen nur zu einem geringen Ausmaß erfüllt wurden. So ging die Tendenz zu einer positiveren Bewertung von Hartz IV und den dazugehörigen Maßnahmen. Allerdings muss in diesem Kontext auch die Tatsache berücksichtigt werden, dass die Teilnehmer_innen aufgrund des *sampling bias* bereits über eine kritischere Position gegenüber Hartz IV verfügten als der Bundesdurchschnitt und somit eine positivere Bewertung der sozialstaatlichen Maßnahmen durch einzelne



[Es] lässt sich festhalten, dass der gegenseitige Austausch von Meinungen, Erfahrungen und Informationen nicht zwangsläufig in Meinungsänderungen bei den teilnehmenden Personen resultiert.

Teilnehmer_innen nicht durch eine noch negativere Bewertung von bereits sehr kritischen Teilnehmer_innen ausgeglichen werden konnte.

Zweitens wurde die These aufgestellt, dass die Meinungsheterogenität innerhalb der Gruppe nach einer Deliberation geringer ist als zuvor. Dies konnte insoweit bestätigt werden, als dass sich sowohl die durchschnittliche Abweichung vom Gruppendurchschnitt als auch der Abstand der Extrempositionen in allen drei Diskussionsgruppen gegenüber dem Ausgangswert verringert haben. Zudem konnte sich die Befürchtung, dass die Existenz der Untergruppen *Erwerbstätige* und *Erwerbslose* zu Polarisierungstendenzen führt, nicht bestätigen; insgesamt wies die gemischte Gruppe sogar die größte Angleichungstendenz der Positionen auf. Allerdings zeigte sich in dieser Gruppe ebenfalls, dass sich benachteiligte Gruppen – in diesem Fall Erwerbslose – nicht immer bei den für sie zentralen Themen wie der Bewertung von Hartz IV durchsetzen können, sondern hier dem von Erwerbstätigen dominierten gesellschaftlichen Mehrheitsdiskurs einer positiven Bewertung des Systems Hartz IV gefolgt sind.

Drittens wurde angenommen, dass aktive Personen, die den Diskurs bestimmen, dadurch ebenfalls die Richtung der Meinungsänderungen der übrigen Teilnehmer_innen beeinflussen. Entgegen dieser Annahme fanden sich in der Auswertung allerdings kaum Hinweise auf einen systematischen Einfluss aktiver Personen auf die Positionen der übrigen Gruppenmitglieder. Abschließende Übereinstimmungen in den Positionen lassen mit einem bereits vor der Diskussion existierenden, allgemeinen Gruppenkonsens erklären. Betrachtet man weiter die Entwicklung der Positionen von einflussreicher Person und Gruppe zeigte sich zudem, dass sich häufig Polarisierungs- und Konsenspositionen die Waage hielten und sich eine eindeutige Tendenz einer Angleichung der Gruppenposition weder an die anfängliche Position noch an die Meinung der aktiven Person im Anschluss an das Deliberative Forum identifizieren ließ.

Insgesamt lassen sich damit weder die Befürchtungen der Kritiker_innen von Deliberationsprozessen eindeutig bestätigen, noch konnte das durchgeführte Deliberative Forum die von Demokratieforschern postulierten Vorteile von Deliberation als

”

[Es] fanden sich in der Auswertung [...] kaum Hinweise auf einen systematischen Einfluss aktiver Personen auf die Positionen der übrigen Gruppenmitglieder

ein „besseres“ Partizipationssystem identifizieren. Vielmehr zeichnete sich in den beiden Befragungen eine große Konsistenz der Positionen ab, die weder durch einen gegenseitigen Austausch von Meinungen noch von aktiven Personen signifikant beeinflusst wurde.

Sofern das Ziel Deliberativer Foren als Teil der politischen Entscheidungsfindung die Erarbeitung einer Konsenslösung für ein politisches Problem ist, bedarf es somit mehr als die Bereitstellung eines Diskussionsrahmens. Stattdessen müsste aktiv an einem Ausgleich der unterschiedlichen Interessen und Meinungen gearbeitet werden, da die Debatte allein nicht in der Lage ist, diesen Ausgleich zu schaffen.

LITERATUR

Bächtiger, André/Wyss, Dominik (2013): Empirische Deliberationsforschung – eine systematische Übersicht. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft Jg. 7/2, S. 155-181.

Barabas, Jason (2004): How Deliberation Affects Policy Opinions. In: The American Political Science Review Jg. 98/4, S. 687-701.

Chambers, Simone (1996): Reasonable Democracy. Jürgen Habermas and the Politics of Discourse. Ithaca u.a.: Cornell University Press.

Chambers, Simone (2003): Deliberative Democratic Theory. In: Annual Review of Political Science Jg. 6/1, S. 307-326.

Chappell, Zsuzsanna (2012): Deliberative Democracy. A Critical Introduction. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Delli Carpini, Michael X./Cook, Fay Lomax/Jacobs, Lawrence R. (2004): Public Deliberations, Discursive Participation and Citizen Engagement: A Review of the Empirical Literature. In: Annual Review of Political Science Jg. 7/1, S. 315-344.

Fishkin, James S. (1995): The Voice of the People. Public Opinion and Democracy. New Haven: Yale University Press.

Fishkin, James S./Luskin, Robert C. (2005): Experimenting with a Democratic Ideal: Deliberative Polling and Public Opinion. In: Acta Politica Jg. 40, S. 284-298.

Fung, Archon (2008): Minipublics: Deliberative Designs and Their Consequences. In: Shawn W. Rosenberg (Hrsg.): Deliberation, Participation and Democracy. Can the People Govern? Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 159-183.

Gabriel, Oscar W. (2005): Politische Einstellungen und politische Kultur. In: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland. 3. Aufl. München: Oldenbourg, S. 457-522.

Gabriel, Oscar W./Westle, Bettina (2012): Wählerverhalten in der Demokratie. Eine Einführung. Baden-Baden u.a.: Nomos.

Gastil, John/Bacci, Chiara/Dollinger, Michael (2010): Is Deliberation Neutral? Patterns of Attitude Change During „The Deliberative Polls“. In: Journal of Public Deliberation Jg. 6/2, Article 3.

Habermas, Jürgen (1994): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. 4. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hibbing, John R./Theiss-Morse, Elizabeth (2007): Stealth democracy. Americans' Beliefs About How Government Should Work. Cambridge: Cambridge University Press.

Insko, Chester/Schopler, John/Drigotas, Stephen/Graetz, Kenneth/Kennedy, James/Cox, Chante/Bornstein, Gary (1993): The Role of Communication in Interindividual-Intergroup Discontinuity. In: The Journal of Conflict Resolution Jg. 37/1, S. 108-138. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/174498> (10.06.2019).

Karpowitz, Christopher F./Mendelberg, Tali (2011): An Experimental Approach to Citizen Deliberation. In: Druckman, James/Green, Donald/Kuklinski, James/Lupia, Arthur (Hrsg.): Cambridge Handbook of Experimental Political Science. 2. Aufl. Cambridge u.a.: Cambridge University Press, S. 258-272.

Lamers, Patrick/Roßteutscher, Sigrid (2014): Aspekte des Wählerverhaltens. Die Wahlbeteiligung. In: Schmitt-Beck, Rüdiger/Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/ Weßels, Bernhard/Wolf, Christof (Hrsg.): Zwischen Fragmentierung und Konzentration. Die Bundestagswahl 2013. Baden-Baden: Nomos, S. 119-131.

Luskin, Robert C./Fishkin, James S./Jowell, Roger (2002): Considered Opinions: Deliberative Polling in Britain. In: British Journal of Political Science Jg. 32/03, S. 455-487. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/4092249>.

Mansbridge, Jane J. (2009): Deliberative and Non-Deliberative Negotiations. HKS Faculty Research Working Paper Series RWP09-010. John F. Kennedy School of Government, Harvard University. Online verfügbar unter <http://nrs.harvard.edu/urn-3:HUL.InstRepos:4415943> (09.08.2017).

Mendelberg, Tali (2002): The Deliberative Citizen: Theory and Evidence. In: Shapiro, Robert Y./Delli Carpini, Michael X./Huddy, Leonie (Hrsg.): Political Decision-Making, Deliberation and Participation. 6. Aufl. Amsterdam: JAI, S. 151-193.

Sanders, Lynn M. (1997): Against Deliberation. In: Political Theory Jg. 25/3, S. 347-376. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/191984>.

Steenbergen, Marco/Bächtiger, André/Spörndli, Markus/Steiner, Jürg (2003): Measuring Political Deliberation. A Discourse Quality Index. In: Comparative European Politics Jg. 1/1, S. 21-48. DOI: [10.1057/palgrave.cep.6110002](https://doi.org/10.1057/palgrave.cep.6110002).

Steiner, Jürg (2012): The Foundations of Deliberative Democracy. Empirical Research and Normative Implications. Cambridge, UK: Cambridge University Press.

ZUR AUTORIN

Annegret Heindl M.A., hat 2015 an der Humboldt-Universität zu Berlin ihr Bachelorstudium der Sozialwissenschaften abgeschlossen. Anschließend studierte sie dort von 2015 bis 2018 im Masterstudiengang Sozialwissenschaften mit den Schwerpunkten Wahlforschung und demokratische Transformationsprozesse. 2018 verteidigte sie erfolgreich ihre Masterarbeit zum Thema „Der Einfluss islamistischer Netzwerke auf die Wahlen in Ägypten und Tunesien 2011/12“. Aktuell arbeitet sie als Personalreferentin.

Der Beitrag wurde von **Franziska Deutschmann** lektoriert.